

Vorlage-Nr.: **2634-2009/DaDi** vom 10.02.2009

Aktenzeichen: 850-003

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Hübenbecker
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:	<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
	1.	Infrastruktur- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Rekommunalisierung der Schulreinigung - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

1.) Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf, umgehende Maßnahmen zu ergreifen, die „Rekommunalisierung der Schulreinigung – d.h. die Durchführung der Reinigung mit Beschäftigten des Landkreises an den Schulen des Landkreises Darmstadt/Dieburg – spätestens aber bis zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 – zu realisieren.

2.) Kreisbeigeordneter Fleischmann wird aufgefordert umgehend einen Bericht an alle Kreistagsfraktionen zu erstellen. Hierin wird nach der Rechtsgrundlage § 114s(5) HGO deutlich, wie in den Eigenbetrieben, den Beteiligungen über 20 % - den Zweckverbänden mit kfm. Rechnungslegung des Landkreises DA/DI wie und vor allem wer die Gebäude reinigt. In diesem Bericht wird das Tageskontingent bzw. die zu putzende Fläche von kreiseigenem bzw. privatem Reinigungspersonal dargestellt. Die Verträge mit privaten Anbietern sind offen zu legen.

Begründung:

Der vom Darmstädter Echo publizierte Vorfall mit Reinigungskräften in der Schule Klein Umstadt, die zahlreichen Prozesse der Reinigungskräfte der Joachim Schumann Schule, Babenhausen vor dem Arbeitsgericht Darmstadt machen deutlich, dass die für den Landkreis Darmstadt Dieburg finanziell scheinbar günstigere Fremdreinigung der Schulen gegenüber der Beschäftigung von eigenen Reinigungskräften dazu führt, dass die Reinigungskräfte der Fremdfirmen enormen Druck ausgesetzt sind und Profit nur auf deren Rücken erzielt werden kann. Darunter leidet die Qualität der Reinigungsleistung in den Schulen des Landkreises Darmstadt/Dieburg. Dies wurde auch mehrfach durch Befragungen der Lehrerschaft an den Schulen bestätigt. Bezieht man weiterhin den Aspekt mit ein, dass Beschäftigte in schlecht entlohnnten Arbeitsverhältnissen in der Regel auf staatliche Transferleistungen (Aufstockung z.B. ALG II) angewiesen sind, wird deutlich, dass die rein ökonomische Betrachtungsweise – privat ist billiger – nicht stimmt.